

KOMMENTARE

Bube, Dame, Joker

Hessens Parteien fällt die Wahl schwer

Von Bodo Zapp

Wie, Koch ist vorne? Das mittelmäßliche Überholmanöver der CDU hat gestern viele überrascht, die am langen Wahlabend von einem SPD-Vorsprung in Hessen ausgehen mussten. Was nicht bedeutet, dass die Wahl-Weiterrechnungen umgeschrieben werden müssen, denn klar ist nichts. Bis auf die Bestätigung der Weisheit, dass man das Fell des Bären nicht verteilen sollte, bevor er erlegt ist.

Roland Koch habe den Wählerauftrag zur Regierungsbildung erhalten, sagt Merkel. Mehrheit sei Mehrheit, und sei sie noch so hauchdünn. Die Mehrheit habe klar gemacht, dass sie Koch nicht mehr haben will, folglich werde die „gefühlte“ Siegerin Andrea Ypsilanti mit den anderen Parteien sprechen, sagt Kurt Beck. Recht haben beide, aus ihrer Sicht. Ein wenig erinnert die Deutung des SPD-Chefs allerdings an Schröders Auftritt nach der Bundestagswahl, als er Merkel jedes Kanzler-Recht absprach, ungeachtet der Zahlen.

Man mag Koch ein Sympathie-Defizit nachtragen und auf die satte Stimmen-Abstrafung verweisen - prozentual hat er die Kurve noch soeben bekommen. Andrea Ypsilanti, den meisten außerhalb Hessens zuvor nur als etwas farblose SPD-Rote bekannt, ist nach den flüchtigen TV-Eindrücken des Wahlabends wohl befähigt für das Spitzenamt im Hessenland. Aber auf einen unstrittigen Ministerpräsidenten-Auftrag kann sich die Senkrechtharterin auch nicht berufen.

Es wird schwierig in Hessen, für alle. Und es wird

sich hinziehen mit der Partnerfindung. Die Karten sind kompliziert gemischt. Bube, Dame: Den Königsweg kennt keiner. Eine Joker-Rolle schreibt die SPD der FDP zu: Dreierbund mit den Grünen, das würde passen. Nur will die FDP nicht mitspielen. Noch? Rot-Dunkelrot-Grün ist auch gut vorstellbar, findet die Linke. Da schüttelt sich die SPD. Wie lange? Schwarz-Gelb-Grün: Auch denkbar, für manche mit Magenschmerzen.

Nach der Wahl ist vor der Qual. Es geht ja nicht nur um vorherige Festlegungen, und im Falle der Meinungs-„Aktualisierung“ um Täuschungsvorwürfe. Es geht vor allem um deutliche Unterschiede in der Sache. Schule, Energie: Da passt inhaltlich nicht zusammen, was rechnerisch zusammen kommen könnte.

Also große Koalition, mit Personalkarussell? Koch löst als Wirtschaftsminister in Berlin Glos ab, der ins Verteidigungsministerium wechselt, dessen bisheriger Chef Jung nach Hessen zurückkehrt und Ministerpräsident wird - da können Schwindelgefühle aufkommen. Aber käme auch Freude auf?

Im Blick voraus auf die Bundestagswahl 2009 wird man bei den Strategen der großen Parteien eher nervöses Augenflackern feststellen. Fünf Parteien machen die taktischen Rechnungen nicht einfacher. Wahlen werden in der Mitte gewonnen, das bleibt als Regel erhalten. Aber verschiebt sich die Mitte nach links? Müssten sich die Konservativen in der Union sozialdemokratischer geben? Hätte ein Merkelbeck die besten Gewinnchancen? Es gibt keine einfachen Antworten mehr.

Leise rieselt der Staub

Kleinste Umweltzone Deutschlands

Von Joachim Karpa

Im Dortmunder Norden liegt Deutschlands kleinste Umweltzone. 300 Meter Straße, die Brackeler Straße. Ein Name, der als kleines Stück Umweltschutz Geschichte schreibt. Und dazu lacht die ganze Republik. Die Rede ist gar von einem 300 000-Millimeter-Witz, einem Schildbürgerstreich im buchstäblichen Sinn.

All das darf die Verantwortlichen in Arnshagen nicht überraschen. Der Laie staunt über den Umweltschutz nach Sauerländer Art. So überschaubar, so einsehbar und so wenig

nachvollziehbar. Selbst die Stadt Dortmund findet für dieses Vorhaben kein Verständnis. Zu Recht.

Es bringt nichts. Aktionismus, der mehr für Verwirrung sorgt als der Sache dienlich zu sein. Andere Städte fegen den Feinstaub gründlicher weg. Siehe Berlin, siehe Köln, siehe Hannover. Die Anwohner in Dortmund finden bei diesem Tohuwabo nur ein müdes Lächeln. Warum? Auf diese Weise löst sich Feinstaub nicht in Luft auf. Jetzt rieselt es nicht mehr vor dem Haus, sondern hinter dem Haus, aber da steht ja auch kein Mess-Container.

WESTFALENPOST

Chefredakteur: Bodo Zapp
Stellvertretender Chefredakteur: Jörg Bartmann
Chef vom Dienst: Dr. Joachim Stute

Politik: Dr. Eberhard Einhoff (verantwortl.), Jörg Fleischer, Thorsten Keim, Rudolf Limpinsel, Lorenz Redicker. Wirtschaft: Stefan Pohl (verantwortl.), Sven Nölting. Zeitgeschehen/Region: Torsten Berninghaus (verantwortl.), Rudi Pistilli (Stellv.), Rolf Hansmann, Kristina Hußmann. Kultur: Andreas Thiemann (verantwortl.), Dr. Monika Willer. Medien/Wochenendpost: Harald Ries (verantwortl.), Susanne Manasteri. Sport: Horst F. Tunkte (verantwortl.), Klaus Theine (Stellv.), Jürgen Bühl, Werner Leemreize. Reportage/Recherche: Ulrich Friske, Dr. Nina Grunsky, Joachim Karpa, Martin Korte. Foto: Gerd Lorenzen. Ratgeber: Simone Mylonas, Thomas Urban. Büro Düsseldorf: Wilfried Goebels. Büro Berlin: Dr. Winfried Dolderer. Brüssel: Gerd Niewerth. Anschrift der Zentralredaktion: Pressehaus, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, Telefon: (02331) 917-0 od. 917 4159/4158. Fax: 917 4206. E-Mail: westfalenpost@westfalenpost.de. Online: WEST EINS GmbH & Co. KG, Chefredakteurin: Katharina Borchert. Verantwortlich für Anzeigen: Manfred Kraemer, Oliver Nothofer, WAZ Medien-

gruppe, Tel.-Sa.-Nr.: (0201) 8040 Anzeigenpreisliste Nr. 33, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP), Erfüllungs- und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhalte stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar. Freitags mit rtv-Fernsehmagazin. Anzeigen und Vertrieb: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr.: (0201) 8042841, Anzeigen: Fax-Nr.: (0201) 8042418. E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de. Vertrieb: Leserservice@westfalenpost.de. Leserservice: 0 18 02 / 40 40 78* (6 Cent / Anruf a. d. Festnetz d. Dt. Telekom); Fax: 0 18 02 / 40 40 88* Anschrift des Verlages: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr.: (0201) 8042841, Anzeigen: Fax-Nr.: (0201) 8042418. E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de. Vertrieb: Leserservice@westfalenpost.de. Leserservice: 0 18 02 / 40 40 78* (6 Cent / Anruf a. d. Festnetz d. Dt. Telekom); Fax: 0 18 02 / 40 40 88* Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, Hohensburgstraße 67, 58099 Hagen. Die WESTFALENPOST wird auf Recycling-Papier gedruckt.



Brautschau

Karikatur: Tomicek

Ein Anruf, und das Licht geht an

Als Dörentrup kein Geld für Straßenbeleuchtung mehr hatte, wurden Bürger zu Erfindern

Von Kerstin Eigendorf

DÖRENTRUP.

Bei Anruf Licht. So könnte man die Idee von Dieter Grote nennen, mit der er ein jahrelanges Problem in seinem Heimatort gelöst hat. Denn sobald der Uhrzeiger in Dörentrup auf 22.30 Uhr zuing, erloschen alle Straßenlaternen. Den Gemeinden ging das Geld und in Dörentrup das Licht aus. Und die Dörentruper taptten im Dunkeln.



Dass die Bürger sich Sorgen um den nächtlichen Heimweg ihrer Teenager am Wochenende machten oder der Nachhauseweg von der Spätschicht zu einem Hindernis wurden, bedachte niemand. Da Dörentrup bei Lemgo in ländlicher Region nahe eines Waldes liegt, „sieht man um diese Uhrzeit wirklich nichts mehr. Bordsteine werden zu Stolperfallen“, sagt Dieter Grote. Den entscheidenden An-

stoß, sich als Bürger für die Straßenbeleuchtung einzusetzen, gab seine Frau Angelika, die Angst um ihre Kinder hatte, die am Wochenende oft spät nach Hause kamen. „Das ist schließlich gefährlich in dieser Dunkelheit. Überfälle passieren schnell“, sagt sie. Ihr Rat an ihren Mann: „Geh doch mal zum Bürgermeister und frag, ob man da nicht was machen kann.“ Und Dieter Grote machte sich auf den Weg - ohne Erfolg. Der Bürgermeister konnte ihm nicht helfen.

So nahm Dieter Grote die Sache selbst in die Hand. Bei einem Treffen mit dem Geschäftsführer der Stadtwerke Lemgo entstand schnell die Idee, ein System zu entwickeln, mit dem Straßenlaternen individuell per Telefonanruf eingeschaltet werden können. Das war im Winter 2006. Sechs Wochen später war die Idee „Dial4Light“ Realität. Eine Teststrecke wurde eingerichtet: Zweieinhalb Kilometer lang mit 20 Straßenleuchten. Wer sich auf einer Internetplattform registriert, kann den Straßenzug in Dörentrup mittels eines Codes durch einen Telefonanruf für 15 Minuten zum Leuchten bringen. „Ein Rollstuhlfahrer, der in den frühen Morgenstunden mit seinem Hund unterwegs ist, hat sich ebenso gefreut wie alle Dörentruper Bürger. Auch der Bürgermeister ist be-



Anruf genügt und das Licht geht an: Frank Bräuer, Angelika und Dieter Grote hatten eine einmalige Idee. Foto: Eigendorf

geistert“, sagt Dieter Grote. Rein technisch sei die Idee relativ schnell umzusetzen gewesen, erzählt Frank Bräuer, Projektmanager bei den Stadtwerken Lemgo. „Es wurde ein Modem in den Schaltkasten eingebaut.“ Die Software entwickelte kurzerhand eine Dörentruper Firma.

„Auch als Bürger kann man viel erreichen. Man muss nur hartnäckig sein.“

Dieter Grote

Nun würde der Bürger eigentlich 50 Cent für 15 Minuten Licht zahlen. „Doch da es sich um eine Pilotstrecke handelt, die erst in Kürze auf Normalbetrieb umgeschaltet werden soll, zählt momentan kein Bürger“, sagt Bräuer. In Kürze will er mit Vertretern der Gemeinde Dörentrup verhandeln, ob die Kosten von der Kommune getragen werden können. „Schließlich ist das ein geringer Betrag für eine Kommune im Dienste der

In Tarifverhandlungen kommt Bewegung

Ärztegewerkschaft fordert 10 Prozent mehr

DÜSSELDORF. (dpa) In die Tarifverhandlungen für die rund 55 000 Ärzte an den kommunalen Krankenhäusern kommt Bewegung. Die Arbeitgeber kündigten gestern für die nächste Verhandlungsrunde ein konkretes Angebot an. Zugleich erteilte die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände Erwartungen auf große Gehaltssprünge eine Absage. Dafür gebe es überhaupt keinen Spielraum, erklärten sie nach der zweiten Verhandlungsrunde in Düsseldorf. Die Ärztegewerkschaft Marburger Bund fordert für die Mediziner durchschnittlich 10,2 Prozent mehr Gehalt und die Angleichung der Ost-Einkommen an das

West-Niveau. Der Verhandlungsführer der Gewerkschaft, Lutz Hamerschlag, bezeichnete die rund vierstündigen Gespräche als „intensiv und interessant“. Es sei detailliert über die Forderungen des Marburger Bundes gesprochen worden. Auf diesen positiven Signalen lasse sich bei der dritten Verhandlungsrunde am 20. und 21. Februar in Offenbach am Main aufbauen. Der Verhandlungsführer der Arbeitgeber, Joachim Finkelnburg, sagte, die Forderungen der Ärzte seien für die kommunalen Kliniken nicht verkraftbar. „Finanziell sind uns durch die Vorgaben des Gesetzgebers die Hände gebunden.“

PRESESTIMMEN

zu den US-Vorwahlen



Clinton richtet ihren Blick auf die 22 Staaten, die am Super Tuesday, am 5. Februar, ihre Vorwahlen abhalten. Dort stehen ihre Chancen viel besser, weil das Gewicht der Schwarzen nicht so groß und ihre Wahlkampfmaschine hier aktiver ist. Die Demokraten werden South Carolina rasch abhaken, der neue, harte Ton der Auseinandersetzung wird bleiben.



Obama musste Hillary Clinton in South Carolina besiegen, um Chancen auf die Präsidentschaftskandidatur zu wahren. Obama profitierte davon, dass die Clinton-Kampagne ihn als Kandidaten zu isolieren versucht, der die Interessen der Schwarzen vertritt. In South Carolina erreichte Hillary Clintons Ehemann Bill mit Sticheleien gegen Obama das Gegenteil.



Amerika will den Wechsel (...). Zwei Indizien: In der traditionellen Republikaner-Hochburg South Carolina gaben bei den Vorwahlen mehr Wähler ihre Stimmen für die Demokraten als für die Bush-Partei ab. Und: Die Medien fokussieren sich immer stärker auf den Zweikampf der demokratischen Kandidaten.

LESERBRIEF

Noch mehr Leichen im Keller

Betr.: Nokia

Nokia scheint wohl jetzt unter Beschuss zu sein, weil hier akut Arbeitsplätze kaputt gemacht werden, ganze Familien am Hungertuch nagen müssen u.s.w. Aber wenn erst bei drohenden Werksschließungen herauskommt, dass die Firma einen Subventionsbetrug begangen hat, weil Arbeitsplätze nicht besetzt wurden, dann frage ich mich, ob es nicht noch mehr Leichen im Subventionskeller gibt. Hat die Politik nur die Steuergeelder verprasst, ohne darauf zu gucken, was damit geschieht? Carsten Rensinghoff Marburg Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behalten wir uns vor.

Gerichtssaal in den Wald verlegt

Prozess um Rekrutenmisshandlung: Ortstermin in Coesfelder Freiherr-vom-Stein-Kaserne

MÜNSTER/COESFELD. (dpa) Im Prozess gegen frühere Bundeswehr-Ausbilder wegen Misshandlung von Rekruten hat das Gericht das Gelände der Kaserne im münsterländischen Coesfeld besucht. Richter, Staatsanwälte und Verteidiger besichtigten gestern zwei Keller und eine Sandgrube. „Viel Land, wenig Gericht“, witzelten Beobachter des Bundeswehr-Prozesses gestern, als sie in den Wäldern

nahe der Freiherr-vom-Stein-Kaserne standen. Dort sollen die Rekruten gefesselt, mit Wasser bespritzt und mit leichten Stromstößen traktiert worden sein. Der Ortstermin habe keine wesentlichen neuen Erkenntnisse gebracht, sagte der Sprecher der Staatsanwaltschaft Münster, Wolfgang Schweer. Der Prozess geht nun in die entscheidende Phase. Der Vorsitzende Richter, Thomas

Mattonet, kündigte an, am 6. Februar die Beweisaufnahme zu schließen. Dann folgen die Plädoyers von Staatsanwaltschaft und Verteidigung. Während der fast einjährigen Verhandlung hatten die Ausbilder zumeist zwar eingeräumt, dass es zu den in der Anklage geschilderten Vorfällen gekommen sei. Doch sei dies nicht als Schikane, sondern als „Höhepunkt der Ausbildung“ gedacht gewesen.

Selbst seien sie weder beteiligt gewesen, noch hätten sie gesehen, wer strafrechtlich relevante Taten begangen habe. Ursprünglich waren 17 Unteroffiziere und der Kompaniechef im Range eines Hauptmannes angeklagt. Nach ersten Freisprüchen, Verfahrenseinstellungen sowie Verurteilungen zu Geld- und Bewährungsstrafen sitzen noch zehn ehemalige Ausbilder auf der Anklagebank.

KOMMENTARE

Schmerzlicher Prozess

Kirchen verkaufen ihre Gotteshäuser

Von Andreas Thiemann

Entwurmung. Umnutzung. Vermarktung. Es sind ungewohnte, wohl auch unheimliche Begriffe, die in dieser Zeit in die Terminologie der Volkskirchen aufgenommen werden. Volkskirchen? Vielleicht müssen wir uns auch bald von diesem Begriff verabschieden.

Im dutzenden Verkauf der Gotteshäuser wird der längst stattfindende Umbruch der christlichen Glaubensgemeinschaften nach außen hin vielleicht am deutlichsten. Während die Minarette munter und selbstbewusst in die Zukunft wachsen, herrscht bei Katholiken und Protestanten bedrückte, mitunter sogar fatalistische Stimmung. Natürlich ist das Bibel-Wort richtig: „Gott ist nicht an Gebäude gebunden.“ Doch es vermag nicht wirklich zu trösten. Denn zwischen der theologischen Dimension und der tagtäglichen Ver-

trautheit klafft nun einmal die Wunde des Abschieds-schmerzes. Und es ist ja auch nicht im Kern die Aufgabe der einen oder der anderen Kirche, die so betroffen macht. Hier manifestiert sich vielmehr der weithin sichtbare Ausverkauf einer ganzen Glaubenskultur. Aber wer jetzt beklagt, dass aus seinem Gotteshaus ein Restaurant gemacht wird, muss sich auch fragen lassen, wie oft er seine Kirche eigentlich in den letzten Jahren besucht hat.

Vom Gesundenschumpfen ist vornehmlich in evangelischen Kreisen seit geraumer Zeit schon die Rede. Aber erst allmählich begreifen wir, dass dieser Prozess ein sehr schmerzlicher ist: Wir sind dabei, ein gutes Stück unserer Identität, auch unserer europäischen Wurzeln zu verlieren. Aber dazu wollen wir uns ja noch nicht einmal in der Präambel einer gemeinsamen Verfassung bekennen.

Eher etwas fürs Image

SAT 1 entdeckt die Nachrichten für sich

Von Susanne Manasterni

Der private Fernsehsender SAT 1 steckt seit längerem in der Krise. Die Einschaltquoten sind mehr schlecht als recht. Formate werden gestrichen. Selbst ein brutaler Sparkurs, bei dem im vergangenen Sommer Nachrichtensendungen sowie Personal abgebaut wurden und man Moderator Thomas Kausch über Nacht vor die Tür setzte, brachten keine Änderung.

Nun ist seit einigen Monaten Torsten Rossmann, einst N24-Mann, zum zweiten Geschäftsführer aufge-

stiegen. Und er dreht nun den Spieß um: SAT 1, bekannt für politisch eher oberflächliche Beiträge und großen Hang zu Boulevardthemen, setzt wieder auf eine Nachrichtensendung. Auf eine, die einen seriösen wirkenden Titel trägt. Auf eine, die von einem Nachrichtenchef mit fachlichem Hintergrund präsentiert wird. Und vor allem: Die in direkter Konkurrenz zur ARD-„Tageschau“ steht.

Eine Attacke auf das Nachrichtenflaggschiff wird SAT 1 nicht gelingen. Die neue Sendung ist wohl eher etwas fürs Image.

Fakten statt Vorurteile

Keine Zuwanderungswelle aus dem Osten

Von Katrin Teschner

Der polnischen Klempner war das Schreckgespenst der EU-Osterweiterung; er stand für Wanderarbeiter, für billige Arbeitskräfte, die den Einheimischen die Jobs streitig machen. Die Panikmache war nicht gerechtfertigt. Völlige Entwarnung freilich auch nicht. Was zur Zuwanderung in die Welt gesetzt wird, ist jeweils interesselastig: Studien von deutschen Wirtschaftsverbänden, die von regem Andrang wissen wollen, ebenso wie umgekehrt die Untersuchung der Brüsseler

Organisation ECAS, die für EU-Bürgerrechte kämpft und zum umgekehrten Ergebnis kommt.

Es wird Zeit, sich von Vorurteilen zu verabschieden und an das zu halten, was immerhin gesichert ist: Zum Beispiel, dass aus Polen besonders junge und gut ausgebildete Fachkräfte in die alten EU-Staaten zogen - Arbeiter, die in vielen Branchen fehlten. Interessant ist auch, dass sich mit dem EU-Beitritt der Arbeitsmarkt in den neuen Ländern entspannt und dass sich langfristig die Löhne angleichen werden.

WESTFALENPOST

Chefredakteur: Bodo Zapp
Stellvertretender Chefredakteur: Jörg Bartmann
Chef vom Dienst: Dr. Joachim Stute
Politik: Dr. Eberhard Einhoff (verantwortl.), Jörg Fleischer, Thorsten Keim, Rudolf Limpinsel, Lorenz Redicker. **Wirtschaft:** Stefan Pohl (verantwortl.) Sven Nölting
Zeitgeschehen/Region: Torsten Berghaus (verantwortl.), Rudi Pistilli (Stellv.), Rolf Hansmann, Kristina Hußmann. **Kultur:** Andreas Thiemann (verantwortl.), Dr. Monika Willer. **Medien/Wochenendpost:** Harald Ries (verantwortl.), Susanne Manasterni. **Sport:** Horst F. Tüneke (verantwortl.), Klaus Theine (Stellv.), Jürgen Bühl, Werner Leemreize. **Reportage/Recherche:** Ulrich Friske, Dr. Nina Grunsky, Joachim Karpa, Martin Korte. **Foto:** Gerd Lorenzen. **Ratgeber:** Simone Mylonas, Thomas Urban.
Büro Düsseldorf: Wilfried Goebels.
Büro Berlin: Dr. Winfried Dolderer.
Brüssel: Gerd Niewerth.
Sonderkorrespondent Außenpolitik: Dr. Richard Kiessler.
Anschrift der Zentralredaktion: Pressehaus, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, Telefon: (02331) 917-0 od. 917-4159/4158. Fax: 917-4206. E-Mail: westfalenpost@westfalenpost.de
Online: WAZ New Media GmbH & Co. KG. **Chefredakteurin:** Katharina Borchert.

Verantwortlich für Anzeigen: Manfred Kraemer, Oliver Nothelfer, WAZ Mediengruppe, Tel.-Sa.-Nr. (0201) 8040 Anzeigenpreisliste Nr. 33, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP), Erfüllungs- und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit rtv-Fernsehmagazin.
Anzeigen und Vertrieb: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr.: (0201) 8042841, Anzeigen: Fax-Nr.: (0201) 8042841. E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de
Vertrieb: Leserservice@westfalenpost.de
Leserservice: 018 02 / 40 40 78* (6 Cent / Anruf a. d. Festnetz d. Dt. Telekom); Fax: 018 02 / 40 40 88*
Anschrift des Verlages: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft & Co. Zeitschriften- u. Beteiligungs-KG, Friedrichstraße 34-38, 45128 Essen. Pressehaus Westfalenpost, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, Postfach 3929, 58039 Hagen, Tel. (02331) 917-0.
Geschäftsführung: Bodo Hombach.
Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, Hohensburgstraße 67, 58099 Hagen.
Die WP wird auf Recycling-Papier gedruckt.



Endspurt

Karikatur: Tomicek

Die Freibad-Retter von Menden

Hartnäckigkeit von Bürgern brachte Politik zum Umdenken: „Die Leitmecke“ lebt weiter

Von Kerstin Eigendorf

MENDEN.

Als Christian Scholz am 1. Januar 2007 den Schlüssel für das Bürgerbad Leitmecke aus der Hand des Bürgermeisters Rudolf Düppe erhielt, löste sich der Stress für einige Minuten in Luft auf. Umringt von einer Menschentraube ehrenamtlicher Helfer, schien der harte Kampf für eine kurze Zeit vergessen. Das Ziel war erreicht: Das Freibad Leitmecke lebte weiter.

Doch der Kampf, den Scholz und seine Mitstreiter geführt haben, füllt nicht nur einen Aktenordner. „Seit vier Jahren bin ich jeden Tag mit der Leitmecke - wie das Freibad in Menden genannt wird - beschäftigt“, erzählt der 47-Jährige. Und das neben einem Vollzeit-Job außerhalb von Menden und seiner Berufung als Schwimmtrainer. „Langsam reicht es meiner Frau auch“, gibt er zu.

Alles fing mit dem Problem an, das Bürgern in vielen



Kommunen schlaflose Nächte bereitet. „Die Stadt hatte kein Geld mehr, um drei Freibäder zu erhalten. Um die Jahrtausendwende wurde eines über Nacht dicht gemacht“, erinnert sich Christian Scholz. 2004 entstand dann im Rathaus die Idee, aus den beiden übriggebliebenen Freibädern Naturbäder zu machen. Laut Ratsbeschluss im Juli 2004 sollten jeweils 750 000 Euro bereit gestellt werden. „Die Politik hatte aber völlig falsche Vorstellungen von Naturbädern. Die dachten, wir machen einen Zaun und ein Tor drumherum und dann ist die offene Bade-stelle perfekt“, sagt Scholz. Nach dem Motto: „Keine Aufsicht, keine Energiekosten, kostet einfach nichts.“

Trotz vorgetragener Bedenken, was die Kosten betraf, begann der Umbau des Freibades Biebertal, die Leitmecke sollte folgen. Das wollte die Bürgerinitiative, die sich mittlerweile gegründet hatte, aber so nicht hinnehmen. „Menden brauchte ein konventionelles Freibad. In das Natur-



Schaffen wir das? Diese bange Frage wurde 2006 mit „Wir machen das“ beantwortet. Christian Scholz und Sonja Henze am geretteten Bürgerbad Leitmecke in Menden. Foto: Martina Dinslage

bad dürfen nur 500 Personen rein, das Wasser ist unbeheizt und das Hallenbad ist viel zu klein. Das ging einfach nicht in einer Stadt mit der Größe von Menden“, erzählt er. Daher nahm die Bürgerinitiative den Kampf um das Freibad auf. Innerhalb weniger Wochen sammelten er und seine Mitstreiter 5000 Unterschriften für den Erhalt des Freibades in ursprünglicher Form. Als passionierter Schwimmer, ein Herzensanliegen.

Nachdem die Bürgerinitiative die Unterschriften beim Bürgermeister abgegeben hatte, entwickelte er ein Konzept. Als Controller war er den Umgang mit Zahlen gewöhnt. Die Idee: Einen Verein gründen und als Mitglieder bestimmte Aufgaben übernehmen. „So hätten wir 40 000 Euro Personalkosten sparen können“, so das Ergebnis seiner Rechnung. Er stellte einen Bürgerantrag. Doch die Politik lehnte den Vorschlag ab.

Wohl auch wegen der Hartnäckigkeit der Bürger kam Ende 2005 dann der plötzliche Sinneswandel. „Nachdem wir uns anhören konnten, die Unterschriften hätten sicher Kinder geleistet, kam der Vorschlag aus dem Stadtrat, ein Verein könne das Bad doch in Eigenregie betreiben“, erzählt Scholz. 750 000 Euro Investitionskosten stünden zur Verfügung, den Rest müsse der

Verein bewerkstelligen. Christian Scholz schluckte. „Da kriegen sie es mit der Angst zu tun“, gibt er zu. Immer wieder die gleiche Frage: Schaffen wir das? Im April 2006 folgte die Entscheidung einer Kerngruppe aus acht bis zehn Personen: „Wir machen das!“ Ein Förderverein und ein Betreiberverein wurden gegründet.

„Sie forderten unter Berufung auf die Kommunalaufsicht, wir sollten 200 000 Euro als Bürgerschaft hinterlegen.“

Christian Scholz

Doch damit nicht genug. Die Politik traute den Freibadrettern nicht wirklich über den Weg, wollte sich absichern. „Sie forderten unter Berufung auf die Kommunalaufsicht, wir sollten 200 000 Euro als Bürgerschaft hinterlegen“, berichtet Scholz. Aus dem Stegreif unmöglich. Doch der Verein kämpfte, gab nicht auf. In der Innenstadt wurden Spenden gesammelt. „Von 10 bis 1000 Euro.“ Finanzstarke Sponsoren sorgten für den Rest. „Einer hat sogar 100 000 Euro hinterlegt, berichtet Scholz als Vorsit-

SERIE

Bürger nehmen Dinge selbst in die Hand

In dieser Serie stellen wir Menschen vor, die es mit ihrem bürgerlichen Engagement geschafft haben, in ihrer Stadt oder Gemeinde etwas zu bewegen. Mit ihren Ideen haben sie den Politikern ihres Ortes ge-

zeigt, wie es richtig gehen kann.

Der Ideenreichtum beginnt bei der Entscheidung der Gemeinde und geht über die Verbesserung der Grundversorgung bis hin zum Erhalt von

„Mangel an Bewerbern für Polizeiberuf“

DUISBURG. (ddp) Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoG) hat eine Ausbildungs-offensive für den Polizeiberuf gefordert. Schon jetzt zeichne sich ein Bewerbermangel ab, der sich in den nächsten Jahren noch verschärfen könnte, sagte DPoG-Landeschef Rainer Wendt gestern in Duisburg. Die NRW-Landesregierung werde deshalb ihr Ziel, pro Jahr 1100 neue Beamte einzustellen, kaum erreichen können. „Deshalb haben wir vorgeschlagen, wieder verstärkt Realschüler anzusprechen und ihnen den Weg in die Polizei zu eröffnen“, sagte Wendt.

In Nordrhein-Westfalen können sich nach Gewerkschaftsangaben nur noch Bewerber mit Fachhochschulreife oder Abitur bewerben.

PRESESTIMMEN

zu Serbien

Schwäbische Zeitung

Mit ihrer konzept- und ideenlosen Balkan-Politik hat es die EU der Belgrader Führung auch leicht gemacht, sich bislang der politischen Verantwortung für die jüngsten Balkankriege zu entziehen. Stattdessen kann sich das Land vor aller Welt als Opfer einer neuen europäischen Kolonialpolitik fühlen.

Mitteldeutsche Zeitung

Das Wahlergebnis aus Belgrad trägt nicht zur Beruhigung bei: Knapp die Hälfte der Wähler votierte für einen extremen Nationalisten. Umso lauter wird die Frage in Brüssel gestellt, ob man sich solche unsicheren Kantonisten wirklich antun soll - mit vollem Stimmrecht und uneingeschränkter Förderberechtigung.

WIESBADENER KURIER

Brüssel ist es nicht gelungen, die Bedenken in Serbien gegen den Westen zu zerstreuen. Die dort politisch gewollte und angesichts der albanischstämmigen Bevölkerungsmehrheit im Kosovo nachvollziehbare Loslösung der Provinz vom Stammland lässt das jugoslawische Restland als Spielball der Politik erscheinen.

LESERBRIEFE

Jedes Mal Ruf nach Bürokratie

Betr.: Kommentar „Der Staat will's wissen“ (5.2.2008)

Ist es nicht schön, wie sich Ihr Kommentator über Bürokratie aufregt? Ich empfehle ihm, nur ein halbes Jahr lang die Zeitungen - vor allem auch die eigene - aufmerksam darauf zu untersuchen, in wie vielen Fällen dort nach mehr Einzelfallgerechtigkeit, besserer Überwachung und Kontrolle bzw. wirksamerem Schutz seitens der Behörden verlangt wird. (...) Jedes Mal bemängeln die Zeitungen die Effektivität unserer Behörden und fordern letztlich nichts anderes als mehr Bürokratie. In den Redaktionsstuben muss endlich darüber geredet werden, was man will! Schluss mit der Doppelmanual populistischer Journalisten!

Bernd Sieren, Marsberg

Nicht anders als Börner

Betr.: Leserbrief zu Koch (5.2.)

Nein, Herr Stücker, Sie nennen nur die Ihnen passenden Wahlergebnisse in Hessen vom Jahr 1983. Im Vorjahr 1982 wurde die CDU mit 45,6 Prozent eindeutig stärkste Partei, denn die SPD kam nur auf 42,8 Prozent. Mit den Grünen, die auf 8 Prozent kamen, mochte sich Herr Börner (noch) nicht ins Koalitionsbett legen, sondern erst im Dezember 1985. Börner hat also als eindeutiger Verlierer noch viel stärker als Koch geklammert. Kein Wunder, denn nach der hessischen Verfassung kann die alte Regierung so lange im Amt bleiben, bis sich eine neue Koalitionsmehrheit gebildet hat. Nichts anderes tut „Verlierer“ Koch jetzt mit seinem hauchdünnen CDU-Vorsprung.

Josef Gödde, Olsberg

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behalten wir uns vor.

Freibädern und Büchereien.

Einige Projekte waren auch Teil einer wissenschaftlichen Evaluationsstudie des Forschungszentrums für Bürgerliches Engagement an der Universität Paderborn. (keig)

KOMMENTARE

Gezähmter Furor

25 Jahre Grüne im Bundestag

Von Winfried Dolderer

Es genügt, sich die alten Bilder anzuschauen, um eine Ahnung zu bekommen, was das für ein Kulturschock war. Zauselbärte im Selbstgestrickten, die sich in den Sitzreihen des Hohen Hauses breit machten. Wilde Weiber, die den konsternierten Kanzler vom Rednerpult herab belehrten, dass es lustvolle Formen der Sexualität gebe ohne jedes Schwangerschaftsrisiko. Ein Fraktionsgeschäftsführer, der - mit Verlaub - den protokollarisch zweithöchsten Würdenträger im Staate ein Arschloch titulierte.

Mit den Grünen hat vor 25 Jahren der Furor der Achtundsechziger verspätet Einzug im Bundestag gehalten. Den Grünen ist das heute selber ein ganz klein bisschen peinlich. Sie haben sich eben in diesem Vierteljahrhundert fundamentaler

gewandelt als die gesamte Konkurrenz. Von der „Anti-Parteien-Partei“ zur konstruktiven Opposition mit Regierungserfahrung - welch ein Kompliment für die Integrationskraft der parlamentarischen Demokratie. Vom Radikalpazifismus zur Mitverantwortung für den ersten bundesrepublikanischen Kriegseinsatz - welch ein Beweis politischer Biogsamkeit.

Eine Zäsur war der Tag vor 25 Jahren nicht zuletzt deshalb, weil damals das Dreiparteien-Idyll der alten Bundesrepublik zu Ende ging. Erstmals hatte sich eine neue politische Kraft etabliert, weil sie neue Interessen artikuliert. In gewissem Sinne begann damit eine Entwicklung, in deren Verlauf die politischen Verhältnisse an Übersichtlichkeit zusehends einbüßten. Nicht anders freilich als die gesellschaftlichen.

Verlogene Diskussion

Boykott der Olympia-Eröffnungsfeier

Von Thorsten Keim

Zu Olympischen Spielen gibt sich die politische Welt-Prominenz stets und gerne eine Stelldichein. Kaiser, Könige und Staatsmänner „veredeln“ das größte und bedeutendste Sportereignis der Welt mit ihrer Präsenz. Nun geht ein Riss durch diese Olympia-Solidarität. Der Tibet-Konflikt spaltet die Politik-Branche in Gegner und Befürworter eines totalen Boykotts oder zumindest einer bewussten Eröffnungsfeier-Abstänze.

Dabei ist diese kontrovers geführte Diskussion verlogen. Der komplette Westen hat die Grenzen Chinas an-

erkannt und verfolgt geschlossen die Ein-China-Politik. Taiwan ist international isoliert. Alle Industriestaaten haben ein vitales Interesse, mit der kommenden Weltmacht möglichst gute Beziehungen zu pflegen, um sich nicht den Zugang zu einem der größten Märkte dieser Erde zu verbauen.

Statt eines Boykotts ist das Vertrauen in die Meinungsfreude der eigentlichen Protagonisten der Weltspiele, die Sportler, der bessere Weg. Deren ehrliche Einschätzung an Ort und Stelle in Peking kann mehr bewirken als viele kluge Kommentare der Medien - oder als ein Boykott.

Kopfprobleme

Vielen Eltern fehlt Zeit für ihre Kinder

Von Lorenz Redicker

Der Mann hat seine Familie zu ernähren. Dieses Voller-nährer-Modell ist längst überholt, wie alle Statistiken belegen. Aber es steckt noch in den Köpfen. Vor allem in den Köpfen von Firmen- und Personalchefs, aber auch in den Köpfen der Männer. Und so kommt es, dass Väter zwar gerne mehr Zeit für ihre Kinder hätten, aber tatsächlich länger arbeiten als kinderlose Kollegen. Machen die Frauen dann wahr, was ihre Männer doch immer unterstützt haben - nämlich auch mit

Kind(ern) weiterzuarbeiten - dann fehlt den Familien Zeit. Zeit für die Kinder.

Die Lösung dieses Problems liegt nicht darin, dass die Mütter weniger oder gar nicht arbeiten. Sondern darin, dass die Väter kürzertreten. So jedenfalls sehen es viele Eltern. Nur trauen sich viele Väter nicht, wegen vermuteter Vorbehalte beim Chef, bei den Kollegen. Oder aus Furcht vor dem Karriereknick. Oder sie dürfen tatsächlich nicht, etwa weil es den Firmen an Flexibilität, an Ideen mangelt.

Es muss sich noch einiges ändern in den Köpfen.



Deutsches Vogelhäuschen

Karikatur: Tomicek

Bauruine wird Kulturbahnhof

Verein „Kultur für Werl“ hauchte Gebäude Leben ein / Vom Rockkonzert bis zur Lesung

Von Kerstin Eigendorf

WERL.

Ein uriger Bahnhof und Kultur passen nicht zusammen. „Doch“, dachten sich einige Bürger in Werl und setzten alles daran, die marode Bahnhofsruine zu einem kulturellen Mittelpunkt in der Stadt zu machen.

Dass das kein einfacher Weg werden würde, war den Ideengebern zunächst noch nicht klar. Ein junges Team, bestehend aus Mitgliedern der Jugendorganisationen der Parteien, gab Ende 1999 den Anstoß. Später kamen dann noch andere Bürger hinzu, die sich um die konkrete Umsetzung kümmern wollten. „Dass sich in Werl auf kultureller Ebene etwas tun musste, war vielen schnell klar“, sagt Ilona Wijnen, 1. Vorsitzende des Vereins „Kultur für Werl“, der sich Anfang 2001 gründete, um die Idee eines Kulturbahnhofes durchzusetzen. Schließlich sei das Kulturangebot lange Zeit verhungert.

Da kam der marode Bahnhof, der aus Kostengründen noch nicht abgerissen worden war, gerade recht. Ein Kulturbahnhof sollte entstehen. Mit Konzerten, Lesungen und Partys. Doch es gab noch viele Hürden. „Wir haben zahlrei-



Ein Schmuckstück für Werl: Der Bahnhof erstrahlt in neuem Glanz. Seitdem er als Kulturzentrum genutzt wird, ist er zur Anlaufstelle für die Bürger geworden. 2006 ging der Betrieb los. Fotos: wp

che Konzepte zur Finanzierung durchgespielt, von der Zwei-Etagen-Lösung bis zum Riesenumbau“, erzählt Wijnen. Diese wurden der Stadt vorgelegt. „Die Stadt betonte von Anfang an, dass sie keine Zuschüsse bewerkstelligen könne.“ Der Kulturbahnhof musste sich alleine tragen. Nach langer Planungs- und Bewilligungsphase, in der sogar der Bund der Steuerzahler eine Umfrage in Werl machte und die Idee auf Verschwendung von Steuergeldern hin überprüfte, war es 2005 so-

weit. Der Umbau begann. Zahlreiche Bürger packten mit an. Streichen, Theke bauen, Technik einrichten.

„Ohne so viele Freiwillige hätte das nicht funktioniert.“

Ilona Wijnen

Die Außenhülle konnte mit Landesmitteln erneuert werden. Und das Glück kam auch zu Hilfe. „Kolping konnte ein Projekt beantragen, bei dem Jugendliche Baumaßnahmen durchführten und so europäische Fördergelder beantragt werden konnten“, erzählt Olaf Grossmann, stellvertretender Vereinsvorsitzender. Die Jugendlichen konnten so direkt am Objekt lernen und arbeiten, und der Verein kam mit dem Umbau voran. Auch Mitarbeiter der Stadt beteiligten sich. „Ohne so viele Freiwillige hätte das nicht funktioniert“, weiß Ilona Wijnen.

Heute erstrahlt der Kulturbahnhof in neuem Glanz, ist zu einem kulturellen Treffpunkt geworden. Von Rock

Gefangene erwirtschafteten 44,9 Millionen €

DÜSSELDORF. (ddp) Die Gefangenen in nordrhein-westfälischen Haftanstalten haben im vergangenen Jahr durch ihre Arbeit rund 44,9 Millionen Euro erwirtschaftet. Dies sei eine Steigerung gegenüber 2006 (44,4 Millionen Euro) und 2005 (43,45 Millionen Euro), teilte Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter gestern mit. Die Beschäftigung sei ein wichtiger Beitrag zum Ziel, den Gefangenen die Eingliederung in das Arbeitsleben zu ermöglichen. Der Landshaushalt werde durch die Einnahmen aus der Haftlingsarbeit „in nicht unerheblichem Maß entlastet“, sagte die Ministerin weiter. Von der Produktion von Möbeln bis zur Herstellung von Backwaren üben die Gefangenen vielfältige Tätigkeiten aus.

PRESESTIMMEN

zum Transrapid



Das Aus für den Transrapid kommt nicht mehr überraschend. Außer der CSU-Landesregierung hat niemand mehr geglaubt, dass in München das finanzierbar wäre, was schon in NRW nicht darstellbar war: eine bezahlbare Magnetschwebebahnstrecke in Deutschland. Der Faszination der Technik sind mit Wolfgang Clement und Edmund Stoiber zwei ähnliche Typen erlegen.



Welch peinliche Pleite: Das Aus für eine Transrapidstrecke in München bedeutet nicht nur eine politische Blamage für Bayern. Auch die deutsche Wirtschaft hat sich nicht gerade mit Ruhm bekleckert. Wer begeistert von einer Zukunftstechnologie ist, muss auch andere begeistern können mit einer Referenzstrecke im eigenen Land.



Über Jahrzehnte faszinierte die Machbarkeit des berührungsfreien Schienenverkehrs vor allem Männer der Politik, die in der Magnetbahn die Eisenbahn des 21. Jahrhunderts zu erkennen glaubten. Heute kommen auch naive Befürworter nicht um einige Einsichten herum: Der Transrapid passt zu den Verkehrsbedürfnissen in Deutschland wie ein Weltraumflug zum Mallorca-Urlaub.

LESERBRIEFE

Pauschale ist finanzierbar

Betr.: Pendlerpauschale

Mit Interesse habe ich den Vorschlag von CSU-Chef Huber nach Wiedereinführung der Pendlerpauschale ab dem ersten Kilometer verfolgt. Die erforderliche Summe von 2,5 Milliarden Euro ist angeblich nicht finanzierbar. Diese Argumentation halte ich für falsch. Die Summe ist nicht nur finanzierbar, sie steht zur Verfügung. Aufgrund der Erhöhung der Spritpreise hat der Fiskus durch Einnahmen bei der Mineralölsteuer und der damit verbundenen Mehrwertsteuereinnahme ein Plus von 2,5 Milliarden Euro verzeichnet. Nicht finanzierbar? **Wigbert Hermes Meschede**

Mama, warum arbeitest du?

Betr.: Frauen-Studie

Junge Frauen wollen Kinder und Karriere. Das ist das Ergebnis einer Studie. Bei diesen Untersuchungen werden alle möglichen Personen befragt - bis auf eine. Folgende Begebenheit sollte nachdenklich stimmen: Mama, warum willst du nicht mit mir spielen? Weil ich keine Zeit habe! Warum hast du keine Zeit? Weil ich arbeite! Warum arbeitest du? Weil ich Geld verdienen muss! Warum musst du Geld verdienen? Um etwas zu essen zu kaufen. Aber ich habe doch keinen Hunger! **Josef Menke Osberg**

Leserbriefe müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen. Kürzungen behalten wir uns vor.

WESTFALENPOST

Chefredakteur: Bodo Zapp
Stellvertretender Chefredakteur: Jörg Bartmann
Chef vom Dienst: Dr. Joachim Stute
Politik: Dr. Eberhard Einhoff (verantwortl.), Jörg Fleischer, Thorsten Keim, Rudolf Limpinsel, Lorenz Redicker. **Wirtschaft:** Stefan Pohl (verantwortl.) Sven Nölting.
Zeitgeschehen/Region: Torsten Berninghaus (verantwortl.), Rudi Pistilli (Stellv.), Rolf Hansmann, Kristina Hußmann. **Kultur:** Andreas Thiemann (verantwortl.), Dr. Monika Willer. **Medien/Wochenendpost:** Harald Ries (verantwortl.), Susanne Manasteri. **Sport:** Horst F. Tüncke (verantwortl.), Klaus Theine (Stellv.), Jürgen Bühl, Werner Leemreize. **Reportage/Recherche:** Ulrich Friske, Dr. Nina Grunsky, Joachim Karpa, Martin Korte. **Foto:** Gerd Lorenzen. **Ratgeber:** Simone Mylonas, Thomas Urban.
Büro Düsseldorf: Wilfried Goebels.
Büro Berlin: Dr. Winfried Dolderer.
Brüssel: Gerd Niewerth.
Sonderkorrespondent Außenpolitik: Dr. Richard Kiessler.
Anschrift der Zentralredaktion: Pressehaus, Schürmannstraße 4, 58097 Hagen, Telefon: (02331) 917-0 od. 917 4159/4158. Fax: 917 4206. E-Mail: westfalenpost@westfalenpost.de
Online: WAZ New Media GmbH & Co. KG; Chefredakteurin: Katharina Borchert.

Verantwortlich für Anzeigen: Manfred Kraemer, Oliver Nothelfer, WAZ Mediengruppe, Tel.-Sa.-Nr.: (0201) 8040 Anzeigenpreisliste Nr. 33, WAZ-Mediengruppe (WAZ + NRZ + WR + WP), Erfüllungs- und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen alleine die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit rtv-Fernsehmagazin.
Anzeigen und Vertrieb: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr.: (0201) 8042841, Anzeigen: Fax-Nr. (0201) 8042418. E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de
Vertrieb: Leserservice@westfalenpost.de
Leserservice: 018 02 / 40 40 78* (6 Cent / Anruf a. d. Festnetz d. Dt. Telekom); Fax: 018 02 / 40 40 88*
Anschrift des Verlages: Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG, 45128 Essen, Friedrichstr. 34-38, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr.: (0201) 8042841, Anzeigen: Fax-Nr. (0201) 8042418. E-Mail: anzeigenzentrale@waz-mediengruppe.de
Druck: Druck- und Verlagszentrum GmbH & Co. KG, Hohensburgstraße 67, 58099 Hagen.
 Die WP wird auf Recycling-Papier gedruckt.



Viele Menschen halfen bei der Instandsetzung des Bahnhofs. Auch Ilona Wijnen (3.v.l.) und Olaf Grossmann (2.v.r.) waren dabei.

Wolf warnt vor rechten Parteien

NRW-Verfassungsschutzbericht: Innenminister fürchtet Erstarken bei Kommunalwahlen

DÜSSELDORF. (epd) Die Zahl extremistischer Straftaten in Nordrhein-Westfalen ist nach Angaben von Innenminister Ingo Wolf im vergangenen Jahr erneut angestiegen. Sie nahmen um 7,2 Prozent auf insgesamt 4300 Fälle zu, wie Wolf bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2007 gestern erklärte. Ingo Wolf warnt vor dem Erstarken der NPD und rechten Gruppierungen bei anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen. Mehr als die Hälfte der Fälle politisch motivierter Straftaten in 2007 seien Propagandadelikte. Mit 3000 Fällen kamen dreiviertel der extremistischen Straftaten aus dem rechten Lager. 649 Fälle wurden dem linken Spektrum und 292 politisch motivierter Ausländerkriminalität zugeordnet. Positiv bewertete der FDP-Politiker den Rückgang der

politisch motivierten Gewalttaten im vergangenen Jahr. Sie sanken um 5,4 Prozent. Rechtsextremistische Gewalttaten verminderten sich um 14 Prozent auf 148 Straftaten. Wolf sprach sich erneut gegen ein Verbot rechter Parteien oder Gruppierungen aus. Sorgen bereitet den Verfassungsschutzern, dass rechtsextremistische Parteien ihre Aktivitäten zur Kommunalwahl verstärken. Die

Rechtsextremen würden sich politisch unverdächtigen Themen wie Schule oder Kindergärten widmen, um so Vertrauen zu gewinnen, warnte Wolf. Die NPD an Rhein und Ruhr habe 700 Mitglieder. Wolf kündigte zudem Zusammenarbeit mit muslimischen Gemeinden an: „Terroristische Gruppen wollen junge Muslime für den Kampf gegen den Westen ködern. Dem müssen wir entgegenreten.“